

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Widerstand gegen Verarmung - für einen sozialeren und demokratischeren Kapitalismus? *Einwände gegen die Politik des Blockupy-Bündnisses*

Europa spart – am Lebensunterhalt seiner Bürger. Die demokratischen europäischen Regierungen machen das Leben ihrer Völker dafür haftbar, dass ihre Wirtschaft zu wenig wächst und die Kreditwürdigkeit ihrer Nation dahin ist. Deswegen haben die verantwortlichen Staatsführer ihren Bürgern ein gewaltiges soziales Abbruchprogramm verordnet.

Betroffene melden sich zu Wort und protestieren. Dass sie das tun, ist überfällig. Nur wie!

1.

„Widerstand tut not: Die Troika aus EU, EZB und Internationalem Währungsfond nutzt überall in Europa die Staatsschulden als Hebel, um radikale Kürzungen zu verordnen. Diese sind undemokratisch und unsozial.“ (Pressemitteilung Blockupy-Bündnis Frankfurt)

Der Entschlossenheit, mit der alle Regierungen in Europa „gleich welchen politischen Lagers“ (Demo-Aufruf) ihre Staatshaushalte von allen „unproduktiven“ Kosten entlasten, also am Lebensunterhalt ihrer Völker sparen, lässt sich entnehmen, was die aktuellen Staatsnotwendigkeiten sind. Für diese Regierungen sind Spardiktate zur drastischen Verarmung ihrer Bevölkerung „alternativlos“. Das sollten die Protestierer einmal ernst nehmen. Für die Standortverwalter geht es ums Ganze: Die Rettung des Euro, die Sanierung des Staatshaushalts und die Gesundung der Marktwirtschaft, die den Insassen der Kapitalstandorte Europas als unabweisliches Lebensmittel vorgesetzt wird – das ist marktwirtschaftliche Staatsräson, und die ist nur durch eine durchgreifende Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung zu haben. Und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft. Das beweisen die Kürzungsorgien bei Renten, Gesundheit und überhaupt allen Bereichen, die den Lebensstandard der Leute ausmachen.

Blockupy-Anhänger meinen, all dies müsste gar nicht sein, wenn es in Europa wirklich demokratisch und sozial zugeht. Woher nehmen sie bloß ihre Gewissheit, dass hierzulande ein Rechtsanspruch gegen Verarmung existiert? Von den real existierenden europäischen Demokratien können sie das unmöglich herhaben.

2.

Blockupy kennt noch ein weiteres Verbrechen, das die von der Troika verordneten „radikalen Kürzungen“ anrichten: „Sie verschärfen die Krise.“ (Pressemitteilung) Sie seien „ökonomisch unsinnig“ und würden „die Konjunktur abwürgen“; besser solle man „in Schuldenaudits die Rechtmäßigkeit der öffentlichen Schulden bewerten“ (Attac).

Soll man den Finanz- und Wirtschaftspolitikern wirklich schlechtes Management der Krise vorwerfen? Was wäre denn eines, das den Massen gut bekommt? Soll man sich im Ernst in die Logik der Verwalter von Kapitalstandorten hineindenken und mit den Staatsschuldenmanagern darum rechten, wie Staatshaushalte rechtlich einwandfrei zu sanieren und das Wachstum des Geldreichums von Kapitalisten anzukurbeln wären? Wie Löhne so festzusetzen wären, dass sie den Geschäftemachern nicht bloß als stets zu senkender Kostenfaktor, sondern auch noch zur Versilberung ihrer Produkte dienen könnten? Soll man sich also den kapitalistischen Laden mit seinen unversöhnlichen Interessen - auf die spielen die Widerstandsparolen von Blockupy ja jedenfalls noch an! - als ein Gemeinschaftswerk von Krisenbewältigern einbilden und sich sein gutes Gelingen zum Anliegen machen?

3.

Bei Blockupy kennen sie eben noch ganz andere Opfer der „Troika“ als die geschädigten Leute. Mindestens so schlimm wie der „soziale Kahlschlag“ soll am „Spardiktat“ sein, dass es ein Diktat ist. Welch hohe Güter unter dem Label „undemokratisch“ erst unter die Räder kommen! Da soll doch glatt „die Souveränität der nationalen Parlamente weiter eingeschränkt“ werden (Attac); manche im Blockupy-Spektrum sorgen sich auch um eine Aushöhlung des „Königsrechts des Parlaments“, die Gelder für den Staatshaushalt zu bewilligen. Das ist gut: Gestern noch, als die griechischen, spanischen etc. Parlamente ihre Spardiktate zu Lasten ihrer Bevölkerung beschlossen haben, hieß es aus dem Spektrum der „Empörten“: „Diese Politiker vertreten uns nicht!“. Und jetzt, wo Merkel & Co die Parlamente der minderen Euro-Staaten auf die Linie der kapitalistischen Konkurrenztauglichkeit bringen – da soll die „Souveränität der nationalen Parlamente“ etwas Verteidigungswertes sein? Habt ihr denn vergessen, dass diese feinen Institutionen zuallererst mal souverän gegen ihr Volk sind, das den Beschlüssen der Gesetzesmacher unterworfen ist? Die Sache mit dem „Souveränitätsverlust“ ist sogar noch ausbaufähig: „Ganze Völker werden unter das Kürzungsdiktat von EZB, IWF und EU gestellt: Der sog. ‚Fiskalpakt‘ schränkt die demokratischen Selbstbestimmungsrechte der Staaten massiv ein.“ (GEW). Schon stark, welche Gleichheitszeichen die Autoren da ganz unbefangenen aufstellen: Geschädigte Interessen der Bevölkerung = Aushöhlung der Rechte der Herrscherfiguren aus dem Parlament über die Bevölkerung = Einschränkung der Rechte von Staatsgewalten gegenüber anderen Staatsgewalten!

VORTRAG & DISKUSSION

Gastreferent: Prof. Dr. Egbert Dozekal

Armut in Deutschland - und was der Armutsbericht der Regierung daraus macht

Frankfurt Dienstag, 25.06.2013, Beginn: 19 Uhr
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str.69
(Eingang über den Hof)

Eintritt frei!

Verschwiegen wird nichts in der Demokratie. Wie es zugeht in diesem reichen Land, das steht sauber aufgelistet im periodischen „Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“. Da kann man lesen, dass wieder einmal die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden sind. Wie viele Menschen für 8,50 Euro und wie viele für nur 6 Euro pro Stunde arbeiten und ihren Lohn für die volle Arbeitswoche vom Staat auf das Hartz-IV-Niveau aufstocken lassen müssen. Wie viele Kinder verwahrlosen, Heranwachsende ausrasten, Alte verkommen und so weiter.

Die Kunst und die zynische Stärke der demokratischen Meinungsbildung besteht darin, dass sich die marktwirtschaftliche Ordnung an empörenden Fakten gar nicht mehr blamieren kann, weil sie die Bürger und die von Armut Betroffenen mit hineinzieht in die „richtige“, konstruktive Weise, über den systemgemäßen Ausschluss vieler vom vorhandenen Reichtum nachzudenken.

Auf mehreren hundert Seiten, tatsächlich aber in wenigen Schritten schafft es der Armutsbericht der Regierung, den Berichtsgegenstand von einem Faktum in eine Frage der Definition zu verwandeln, die man so oder so vornehmen kann.

Im nächsten Schritt wird Armut zum Armutsrisiko verniedlicht, zu einem Umstand also, der schwerpunktmäßig nur ausgewählte Risikogruppen betrifft und bei dem es vor allem darauf ankommt, dass und wie gut ein Mensch damit umgehen kann. In einem dritten Schritt wird Armut zum Problem erklärt, ob und wie man aus ihr wieder herauskommt. Sie selbst ist damit abgehakt, kritikwürdig ist jetzt nur mehr ihre Verfestigung über die Generationen.

Theoretisch gesehen ist jeder dieser Schritte ein Fehler, menschlich eine Schweinerei, und politisch eine Parteinahme für den Sozialstaat, der die in der Marktwirtschaft systemnotwendige Armut konstruktiv verwaltet. Mit allem drei befasst sich der Vortrag.

4.

Laut Blockupy-Bündnis steht „Demokratisierung“ vor allem gegenüber der „Macht der Banken“ an: Die EZB ist „undemokratisch, weil ‚unabhängig‘, damit nicht demokratisch kontrolliert. Was wollen wir? Demokratisierung und Vergesellschaftung des Finanzsektors >>Überwindung kapitalistischer Verhältnisse!“ (Blockupy-Präsentation). Und was folgt daraus? Wahl des EZB-Leitzinses durch das Volk? Oder wenigstens Wahl der Finanzfachleute, die den EZB-Leitzins festlegen, durch eine Europa-weite Asamblee? Wie hoch wäre denn bitteschön ein Zinssatz, der dem Wohlergehen des Volkes und den Geschäftsbedürfnissen verschiedener Kapitalisten-Abteilungen gleichermaßen dienlich ist? Für Leute aus dem Blockupy-Bündnis ist es anscheinend kinderleicht, sich das Verleihen und Ausleihen von Geld gegen Zins, also den Gegensatz von Gläubigern und Schuldern, als ein wirtschaftliches Gemeinschaftswerk vorzustellen.

Jedenfalls dann, wenn ein paar Eingriffe von oben vorgenommen würden:

„Die Profiteure der Krise müssen endlich angemessen an ihren Kosten beteiligt werden. Die staatlichen Einnahmen müssen erhöht und Reichtum muss massiv umverteilt werden. Dazu brauchen wir eine stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen sowie eine Finanztransaktionssteuer, deren Erträge für Armutsbekämpfung, Klimaschutz oder globale soziale Mindeststandards eingesetzt werden.“ (Attac)

► Fortsetzung Seite 2

Offenbar ist im Blockupy-Spektrum die soziale Phantasie entschieden unterentwickelt. Denn unter dem Markenzeichen „Überwindung kapitalistischer Verhältnisse!“ marschieren dann sämtliche Instanzen und Charaktermasken eben dieser Verhältnisse wieder auf, die in der schlechten alten Gesellschaft das Sagen haben und die all die aufgezählten Übel von A wie Armut bis Z wie Zerstörung der Natur verursachen. Vermögende z. B., denen ihr Vermögenssteuern verpassen wollt; oder die „Profiteure der Krise“, die es ja auch weiterhin geben muss, wenn sie „an ihren Kosten beteiligt werden“ sollen. Und auf der anderen Seite der Klassenscheidung verortet ihr dann ganz folgerichtig auch die Armut und die globalen Sozialfälle als bleibende Einrichtung, wenn ihr per Besteuerung der Spekulanten (ja, auch die sollen ihren Beruf behalten) Mittel zur „Armutsbekämpfung und globale soziale Mindeststandards“ locker machen wollt. Nicht zuletzt habt ihr auch für die Staatsgewalt eine bleibende Verwendung: Die soll das „Raubtier“ im Kapitalismus, das ihr statt des Kapitalismus für Krise und Volksverarmung verantwortlich macht, ja schließlich an die Kette legen. Und spätestens mit den Kontrolletis von Blockupy im eingebildeten Aufsichtsrat der Staaten über den globalen Kapitalismus wäre dann aus den national sortierten konkurrierenden Kapitalstandorten eine schöne Gemeinschaftsveranstaltung geworden, die statt der schlimmen lauter gute Werke tut.

5.

„Wir widersetzen uns dem Versuch, mit nationalistischen Parolen die Beschäftigten, die Erwerbslosen, die Prekären in Deutschland und Griechenland, in Italien und Frankreich oder in anderen Ländern gegeneinander aufzuhetzen. Wir setzen dagegen ein Zeichen der Solidarität mit allen Menschen und Bewegungen, die sich seit Monaten schon in Europa gegen die Angriffe auf ihr Leben und ihre Zukunft wehren.“ (Aufruf)

Das ist nobel gedacht, angesichts der nationalistischen Hetze, die die demokratische Öffentlichkeit als Begleitmusik zur Krise veranstaltet. Es ist aber auch ein bisschen zu kurz gedacht: Die Völker werden ja nicht erst jetzt gegeneinander aufgehetzt; und sie werden ja nicht nur ideologisch bearbeitet - sie werden längst *praktisch gegeneinander aufgestellt*, daheim und international. Die kapitalistischen Betriebe und die politischen Standortvorsteher lassen ihr Arbeitsvolk zu einer weltweit geführten Konkurrenz antreten. Die von deutschen Unternehmen benutzte billige Leistung der deutschen Arbeiterschaft ist es, die mit deutschen Exporterfolgen den anderen nationalen Arbeitsmannschaften in Europa Arbeitsplatz und Einkommen bestreitet. Gegen die *Wirklichkeit* dieses tobenden Konkurrenzkampfes der nationalen Volkswirtschaften und der dafür eingespannten Arbeiterklassen ein demonstratives „Zeichen der Solidarität“ mit allen Betroffenen in Europa zu setzen: Ist das nicht ein bisschen zu billig?!

6.

„Von den Milliardenbeträgen der ‚Eurorettung‘ bekommen die Menschen in den betroffenen Ländern keinen Cent, der Hauptteil fließt direkt an die Banken zurück.“ (Aufruf)

Ja, was denn sonst? Der Rettungsschirm heißt doch nicht „Rettungsschirm für den kleinen Mann“! Natürlich kriegen die gewöhnlichen Menschen nicht die Milliarden aus den Rettungsfonds für die Banken und überschuldeten Staatshaushalte. Die dienen der Rettung des Euro, des Allerheiligsten des kapitalistischen Europa-Blocks. Für die Regierungen, die bei jedem Cent fürs Soziale knausern, sind die Milliardensummen zur Rettung des Finanzkapitals und zur Vermeidung des Bankrotts ganzer Mitgliedsstaaten zweckgemäß verausgabt. Der private Geldreichtum und seine Vermehrung, um den sich der ganze Laden dreht, genauso wie die Finanzmacht der Staaten, mit der sie ihren Standort bewirtschaften - das alles steht in Frage, wenn Banken crashen und ganze Nationen bankrott zu gehen drohen; und damit auch die Existenz jedes einzelnen Menschen, der mit Arbeitsplatz und Einkommen abhängig gemacht gemacht ist vom Geld- und Finanzwesen. Die Herrschaften vom Schläge der „Troika“ lassen wirklich keinen Zweifel daran, *welche Interessen* in ihrem System „systemische“ Qualität haben - und welche eben nicht!

VORTRAG & DISKUSSION

Armut in „unserer reichen Gesellschaft“: Kein soziales Problem der Marktwirtschaft, sondern durch sie erzeugt

Eine Aufklärung über Arbeit und Reichtum im Kapitalismus:

- Der Armutsbericht: verfremdende und affirmative Auskünfte über die Armut in unserem System
- Der Grund der Armut: die Einkommensquelle Lohnarbeit
- Das „Rezept“ gegen Armut: „Beschäftigung“ - und sein Nutzen für den Kapitalismus

Dortmund Mittwoch, 05.06.2013, Beginn 19:30 Uhr
Dietrich-Keuning-Haus, großer Saal
Leopoldstr. 50 - 58 (Hbf. Nordausgang)

Köln Donnerstag, 13.06.2013, Beginn 20:00 Uhr
Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Clubraum
Melchiorstr. 3 (Nähe Ebertplatz)

Bonn Mittwoch, 03.07.2013, Beginn 20:00 Uhr
Buchladen Le Sabot
Breite Straße 76

GEGENSTANDPUNKT 1-13

Politische Vierteljahresschrift

u. a. mit folgenden Themen:

Die französische Militärintervention in Mali

Ein Blitzkrieg für die Sicherheit des Westens
Das Ordnungsinteresse der Großmächte an der Sahelzone:
Rein negativ!

Sandra Maischberger, Anne Will, Frank Plasberg und Günther Jauch kümmern sich um Armut und Reichtum im Kapitalismus

Eine Studie über Techniken moralischer Urteilsbildung

Drei Fälle von Krise und Krisenkonkurrenz in Europa: Deutschland, Spanien, Österreich

*

Zur Broschüre des Ums-Ganze-Bündnisses: „Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit“

Statt Kritik des Systems der Ausbeutung eine
radikalkritische Absage an den „Systemzwang“

Die meisten Leute, die sich heute über soziale und andere Missstände empören, suchen und finden in diesen als gemeinsamen Nenner nur den, eben Missstände zu sein, Fälle von Versagen der Verantwortlichen vor ihren Aufgaben oder generell von einem Mangel an Menschlichkeit. Derart Empörte brauchen keine Theorie. Auf solche Protestinitiativen, deren moralische Selbstgenügsamkeit und Theoriefeindlichkeit bezieht sich die Ums-Ganze-Mannschaft mit der Botschaft, dass ein Verbesserungswille, der sich nicht um die systemischen Ursachen der Missstände kümmert, blind und folgenlos bleibt: „Bewegung braucht Theorie!“, wem es um Beseitigung der Missstände zu tun ist, dem muss es „ums Ganze“ gehen, „um die Kritik gesellschaftlicher Herrschaft als ganzer“. Was sie in diesem Sinne an Aufklärung über das kapitalistische System in ihrer Broschüre anbieten, besteht dann allerdings im Wesentlichen in der variantenreich wiederholten Feststellung, dass es sich um „ein System“ handelt; dessen Inhalt erschöpft sich in einem systematischen „Zwang“, dem alle Insassen der Klassengesellschaft gleichermaßen unterliegt und den sie sich zugleich zu eigen macht, weil die ihm Unterworfenen den Zwang für das glatte Gegenteil halten, also dem „Schein von Freiheit“ aufsitzen: Proletarier, Kapitalisten, Staatsagenturen, alle laborieren an dem höchst immateriellen und subjektlosen Umstand einer „Herrschaft der falschen Freiheit“. Agitation ist damit von der Kritik des Klassengegensatzes und vom Standpunkt des beschädigten materiellen Interesses der einen gesäubert. Sie landet prompt bei Phrasen der Art: „Der Austritt der Menschen aus ihrer selbst geschaffenen Unmündigkeit muss das Werk bewusster Individuen sein.“ Revolution geht keinesfalls bewusstlos! Wir dachten ja immer, die würde sich im Schlaf erledigen!

ISSN 0941-5831 168 S. € 15,-

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung * Carolus * Hugendubel * Internationale Buchhandlung Südseite * Karl Marx * Land in Sicht * Naumann & Eisenbletter * Ypsilon *

DARMSTADT: Georg Büchner * Bressunger

GRIESHEIM: Schlapp * SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg

MAINZ: Cardabela * BAD HOMBURG: Hugendubel

GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung * MARBURG: Elwert * Roppel * Roter Stern

RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Bestellung bei GEGENSTANDPUNKT Verlag, Kirchenstraße 88, 81675 München

Tel.: (089) 272 16 04 Fax: (089) 272 16 05

Email: gegenstandpunkt@t-online.de - Internet: www.gegenstandpunkt.com

Für alle Interessierten, die mit uns darüber und
über weitere Themen diskutieren möchten:

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim
(Eingang links neben dem Café KOZ)

Raum K1, K2, K3 (im 1. Stock) oder K4 (im 2. Stock)

Zeit Donnerstag, 06.06. um 19.00 Uhr
(weitere Termine auf www.farberot.de)

Veranstalter: **farbeROT & GEGENSTANDPUNKT**